

Bezugspreise:
Der halbe monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 2,50 Mark, vierteljährlich
7,50 Mark, sechsmonatlich 12,50 Mark,
jährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich
2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark, halbjährlich
12,75 Mark, jährlich 22,75 Mark. Zusätzlicher
Bezugskosten werden von den Reichspostämtern
entnommen. Im amtlich, Zeitungsgeldverzeichnis unter
C. 21. Zeitung eingetragene. Für
unverändert eingegangene Monats-
hefte wird keine Gebühr abge-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe, C. 21. Zeitung ge-
stattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1130
1131, der Anzeigen-Abt. Nr. 1132
1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1134

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die gepaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
sonst 100 Pf. für 10 Zeilen, 120 Pf. für
die 22 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigengebühren. Erfüllungsort:
Halle. Erscheinungstage 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 13, Dr. Deubaustr. 17.
Haben Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24,
Bismarck-Straße Leipzig Nr. 60/61.

Nr. 590.

Halle, Freitag, den 17. Dezember 1920.

Einzelpreis 30 Pf.

Beginn der Brüsseler Verhandlungen.

Brüssel.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Es ist wahrscheinlich, daß die Verhandlungen in Brüssel diesmal mehr sein werden als unerbittliche Ausreden. Die Zeit drängt, denn der Friedensvertrag hat die Festlegung der Grenzgebiete befristet. Alles hängt davon ab, daß Frankreich endlich gewisse finanzielle Bestimmungen durchführt, die es anfangs nicht zu denken, daß es die Dinge so leicht, wie sie wirklich sind. Vianonis Rede in Gené hat indessen wenig Hoffnungen, daß der geistige Gesundungsprozeß in Frankreich schon so weit fortgeschritten ist und irgendetwas für beide Teile brauchbare Verhandlung für möglich zu halten. Auf diese Verhandlung kommt es an, die aber wieder voraussetzt, daß Frankreich den guten Willen Deutschlands anerkennt. Dieser gute Willen ist zweifellos vorhanden, wie beispielsweise die Erfüllung des Spa-Abkommens zeigt. Vianonis hat keine Beweise für das Gegenteil gebracht, sondern nur wiederholt, was die nationalistischen Zeitungen Tag für Tag predigen. Allein es ist die Pflicht der Staatsmänner, ihr gelundenes Urteil nicht durch nationalpolitische Beschwerden zu trüben zu lassen. Sie haben in der Vergangenheit Unheil genug angerichtet und sollen in Gegenwart und Zukunft nicht noch einmal zur Verhängung der Räter beitragen. Wenn die französische Presse behauptet, Deutschland könne zahlen, so ist es eine selbstverständliche Rückwirkung, daß aus dem deutschen Blattwerk entgegengelegte Stimmen erschallen.

Nun hat die deutsche Regierung als Auftakt der Verhandlungen in Brüssel noch einmal eine Denkschrift entworfen und vorlegen lassen, die eine vorläufige Zustandsberichterstattung der deutschen Finanzen gibt. Das Ergebnis kann nicht anders als tröstlich sein, da ja trotz der Geldentwertung nicht einmal die Steuernanzahlungen der Regierung im ordentlichen Reichshaushalt durch die tatsächlichen Einnahmen erreicht werden. Wenn französische Zeitungen von ihrer Regierung energische Maßnahmen fordern, um die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen Deutschlands zu erzwingen, so läßt sich heute schon sagen, daß auf diesem Wege ein Ausgleich der Streitfragen nicht zu erwarten ist. Als Deutschland seinen Kampf das wird es, wie in Sachen der Kohlenlieferung, auch leisten. Aber schon die Unmöglichkeit, die Ausgleichsleistungen in fremden Devisen fortzuführen, sollte die französischen Staatsmänner darüber unterrichten, daß es Grenzen des Möglichen und Unmöglichen gibt. Wohl aber ist Deutschland bereit, die Liebergutmachung nach gerechten Grundrissen in natura zu zahlen, ein Weg, den einflußreiche französische Zeitungen ebenfalls als erwidrigend empfohlen haben. Nichts könnte die Ruhe Europas mehr erschüttern, den notwendigen Gesundungsprozeß mehr hindern, als wenn Frankreich im Geiste Vianonis die unerbittliche Unbilligkeit weiterführt. Wir wissen sehr wohl, daß wir uns schließlich mit Frankreich allein und in der Hauptsache auseinandersetzen müssen. Deshalb ist es töricht, um nichts Jüngeres zu sagen, auf einen Zwischenfall im Lager der Verbündeten zu hoffen. Gewiß, Interessengegenstände sind vorhanden. Aber die große Politik ist nicht der gute Willen in dem Sinne, den man sich oft als Ziel für das Verhältnis Deutschlands und Frankreichs. Wenn Vianonis in Gené im Namen Frankreichs zu behaupten magte, Deutschland habe noch kein Zeichen seiner Aufrichtigkeit gegeben, so übersehen wir hartnäckig, daß Deutschland immer mit inneren sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen zu ringen hat.

Frankreich verlangt, daß die Deutschen in Brüssel Vorlesungen machen sollen. Das haben sie schon in Versailles getan, bei jeder Gelegenheit wiederholt. Wir werden uns die Mühe aus diesem nicht verbieten lassen. Die Vorlesungen sind es nicht allein, die zur Verständigung führen. Frankreich muß an den guten Willen Deutschlands glauben, muß aber seinerseits davon absehen, durch Drohungen sowie durch Maßnahmen von Angst und Haß geleiteten Politik den guten Willen Deutschlands zu zerrüttern. Wir wären weiter, wenn nicht in Deutschland die begründete Aberzeugung bestände, daß es wesentlich Frankreich ist, das Oberstehlen den Polen in die Hände zu spielen sucht. Jede Liebergutmachung durch Deutschland hat zur Voraussetzung, daß keine wirtschaftlichen Energien nicht vollständig zerbrochen werden. Der Verlust Oberstehens würde uns außerstand setzen, die Liebergutmachung in natura zu leisten, weil wir zunächst die Umwandlung der Menschenmassen organisieren müßten, für die es in Deutschland nach dem Verlust Oberstehens keinen Nahrungspersonal mehr gäbe. Das alles zeigt, wie wichtig Brüssel für die Zukunft Europas ist.

Der erste Tag in Brüssel.

Die erste Sitzung der Brüsseler Konferenz am Donnerstag war nach einem Sonderbericht der Agence Havas fast vollständig dem Vortrag eines Expofees gewidmet, das von Staatssekretär Schoeder vorgetragen wurde und sich mit der finanziellen Lage Deutschlands befaßte. Außer den beiden Hauptgelehrten Bergmann und Habemann wohnten drei deutsche Sachverständige der Zusammenkunft bei, Dr. Reichert, von Stauff und von

Meinel. Bei Eröffnung der Sitzung erinnerte Präsident Delacroix daran, daß die Konferenz zum Ziel habe, praktische Ergebnisse bezüglich der Ausführung der Klauseln des Versailler Vertrages über die Reparation zu erlangen, wie er es Mittwoch abend bereits in einer Privatunterhaltung mit Herrn Bergmann bemerkt habe. Darauf ergriff der Staatssekretär Bergmann das Wort und gab eine kurze Antwort, in welcher er erklärte, daß die Lösung des Reparationsproblems von der finanziellen Lage Deutschlands abhängig. Er überreichte der Konferenz eine Reihe von Dokumenten, die sich mit dieser Lage befaßten und wurde es dem Sekretär des Reichsfinanzministeriums überlassen, nähere Ausführungen dazu zu machen. Darauf ergriff Staatssekretär Schoeder das Wort und sprach über die Denkschriften, welche die folgenden sind: eine Denkschrift über die gegenwärtige finanzielle Lage Deutschlands, eine Denkschrift über den Budgetentwurf für 1920/21, sowie drei andere, eine über die Verrechnung der schwebenden Schulden, eine über den Eingang der Steuern und endlich einen kurzen Lebenslauf über die Ergebnisse des Finanzjahres.

Die Fragen, die dem deutschen Delegierten, nachdem er sich ausgesprochen hatte, vorgelegt wurden, hatten nur den Zweck, über einige Punkte genauere Erklärungen zu bekommen, sowie ergänzende Denkschriften.

Donnerstag nachmittag sprach Habemann über die Frage des Wechsel- und Kautionskaufes. Der Berichterstatter der Agence Havas bezeichnet es als wahrscheinlich, daß nach der Sitzung die Mitglieder das Bedürfnis empfinden werden, unter sich eine Sitzung abzuhalten, die Freitag vormittag stattfinden dürfte.

Das Schuldvergleichsverfahren.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission folgende Note überreicht:

Nach Paragraph 11 der Anlage zu Art. 192 des Friedensvertrages findet im Schuldvergleichsverfahren mit den alliierten Staaten monatliche Abrechnung zwischen den Ausgleichsämtern statt, wobei die sich zu Lasten Deutschlands ergebenden Debet-Galden jebehalmt binnen einer Woche durch Bezahlung zu begleichen sind. Auf Grund dieser Bestimmungen magte Deutschland an die Alliierten bereits sehr erhebliche Zahlungen leisten. Auch für die Zukunft ist gegenüber England, Elsaß-Lothringen und Belgien mit Sicherheit weitere erhebliche deutsche Debet-Galden zu erwarten. Da die Bezahlung der für die Abdeckung der Debet-Galden erforderlichen Devisen immer größere Schwierigkeiten verursacht und namentlich die Ausführung des Ernährungsprogramms der deutschen Regierung ernstlich in Frage stellte, lag diese sich genötigt, Mitte Oktober an die britische und französische Regierung mit dem Antrag heranzutreten, daß die künftig anfallenden deutschen Debet-Galden bis auf weiteres fortlaufend auf das nächste Monatskonto vorgetragen werden möchten. Beide Regierungen haben den Antrag abgelehnt.

Die deutsche Regierung wiederholte daraufhin Mitte November den Antrag, wobei sie in der Befracht kommenden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen Deutschlands eingehend darlegte und darauf hinwies, daß es mit den bisherigen Zahlungen bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei und daß sie deshalb nicht die Verantwortung dafür werde übernehmen können, auch im Dezember das deutsche Devisengeldstück wieder mit so erheblichen Summen für das Vergleichsverfahren zu beladen.

Eine Abschrift der an die französische Regierung gerichteten Note, mit der die an die britische Regierung gerichtete Note übereinstimmt, wird beigefügt. Da sich inzwischen herausgestellt hat, daß im Verhältnis zu Belgien ebenfalls erhebliche Debet-Galden zu Lasten Deutschlands entstehen werden, wurde die gleiche Mitteilung der belgischen Regierung gemacht. Dementprechend hat das deutsche Ausgleichsamt benachrichtigt, daß es bis auf weiteres von der Verabreichung der im Dezember fällig gewordenen Salben absehe. Das Vorgehen der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit trägt sich auf den Gedanken, der den Bestimmungen des Friedensvertrages über die deutsche Zahlungsverpflichtung zugrunde liegt, den Gedanken nämlich, daß diese Zahlungen nicht die Befriedigung derjenigen Mengen von Lebensmitteln und Rohstoffen verhindern dürfen, die erforderlich sind, um Deutschland die Erfüllung der Reparationspflichten zu ermöglichen. Dieser Grundlag wird sowohl in den Artikeln 235 und 251 des Friedensvertrages als im Ultimatum der a. u. a. Mächte vom 16. Juni 1919 klar ausgedrückt.

Er gibt der deutschen Regierung das Recht zu fordern, daß die Ausgleichsämter, solange nicht eine wesentliche Veränderung in den gegenwärtigen Verhältnissen eintritt, ihr bisheriges Verhalten auch bei der Abdeckung der Debet-Galden ändern und die monatlichen Verabreichungen durch Fortsetzung der Salben vermeiden. Der hiernach beschriebene enge Zusammenhang mit der Frage der Reparationspflicht macht es nach Auffassung der deutschen Regierung erforderlich, daß sich neben den unmittelbar beteiligten Regierungen auch die Reparationskommission mit der Angelegen-

heit befaßt und diese an der Hand des in der Anlage enthaltenen Materials prüft.

Die deutsche Regierung bittet die Reparationskommission deshalb, alsbald in diese Vorfrage einzutreten und auf die beteiligten Regierungen dahin einzuwirken, daß sie den deutschen Standpunkt anerkennen.

Ebert mehrheitssozialistischer Präsidentschaftskandidat.

Der Abg. Weis hat gestern im Hauptauschuß des Reichstages mitgeteilt, daß seine Partei den jetzigen Reichspräsidenten Ebert bei der kommenden Präsidentschaftswahl als Kandidaten ausstellen wird. Uns will scheinen, daß diese Auffassung etwas übereilt ist. In der Verfassung ist dem Reichspräsidenten eine Stellung zugewiesen, die es wünschenswert erscheinen läßt, daß sich der Präsident nicht als reiner Parteimann fühlt. Man kann zugestehen, daß Herr Ebert im großen und ganzen es verstanden hat, diese Stellung über den Parteien einzunehmen. Er wurde von der Nationalversammlung auch nicht als Sozialdemokrat gewählt, sondern die damalige Koalition vereinigte ihre Stimmen auf seine Person. Wann jetzt die Sozialisten es mit der Aufstellung Eberts als reiner Parteikandidatur zu eilig haben, steht zu bezweifeln, daß die Präsidentschaftswahl notwendig keine Parteikandidaturen zeigen wird. Das wäre außerordentlich zu bedauern. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß es auch Herrn Ebert nicht sehr annehmlich sein wird, wenn er jetzt als reiner Parteikandidat aufgestellt werden wird. Die anderen Parteien werden vermutlich ihre Stellung zur Präsidentschaftswahl nicht überbürgen, sondern nach Abschluß der oberirdischen Abstimmung die Frage unberührt von dem reiner Parteikandidaten prüfen.

Wo liegt Oberstehens Zukunft?

Nach Herr Mitglied des Reichstages, schreibt in der D. Z. A.: Wer mit Aufmerksamkeit die Weltgeschichte verfolgt, findet die menschliche Kulturentwicklung vom Wasser abhängig und dem Wasser folgend. Ägypten, Babylon, Arabien, Griechenland und Rom zeigen unverkennbar diesen Zug. Alle großen Städte lagen und liegen am Wasser. Bei den Staatsbildungen spielen die Fluß-Systeme die entscheidende Rolle, sie bestimmen die naturgemäße Staatenbildung. Oberstehens Schicksal bestimmt die Oder. Seine Hauptprodukte: Kohle, Eisen, Erze, werden durch die Oder den Verbrauchern zugeführt. Bei den großen Kanalplänen der neueren Jahre gelang es Schlesien, eine denotragte Berücksichtigung zu erreichen, welche dazu führte, daß der Oder verfall die glänzende Entwicklung nahm. Von 1875 bis 1910 litt der Lothar-Kanal-Verkehr der Oder von 154 auf 2190 Millionen um 1300 Prozent, während die Elbe 800, der Rhein 900 Prozent Zuwachs anwies. Dabei fehlte bisher noch die direkte Hebung des Wasserwerkes in das Kohlen- und Anthrazitgebiet, wie sie der geplante Ausbau des Rednitz-Kanals und der Malapano bringen soll. Wird dies erreicht, daß das Schiff die Kohle von der Grube übernehmen und nach Schlesien, Brandenburg, Berlin, Pommern bringen kann, dann wird der Kohlenbergbau noch glänzender blühen als bisher. Ein Blick auf die Karte zeigt ja, wohin die Natur Schlesien weht. Es war bisher in Kultur, Arbeit und Wirtschaft mit Deutschland verbunden. Die Macht dieser natürlichen Verhältnisse läßt sich auch nicht künstlich oder gewaltsam umkehren oder auslöschen. Oberstehens und Deutschland sind auf Godesch und Verberk miteinander verbunden wie Mutter und Kind und daran wird auch die Fülle der Feinde zuhanden werden.

Beamte und Demokratie.

Auf dem Parteitag in Nürnberg nahmen die demokratischen Beamtenvertreter noch einmal die Gelegenheit, den Abgeordneten die fürchterliche Kollage der Beamtenhaft zu schildern. Auf ihren Wunsch wurde eine Fraktionsbesitzung abgehalten, an der sie teilnahmen. Ihrem Verlangen wurde dadurch entsprochen, daß die demokratische Fraktion einen Antrag im Reichstag einbrachte, nachdem ein ständiger Ausschuß von 21 Mitgliedern für Beamtenangelegenheiten eingerichtet werden soll, dem es obliegt, mit der Reichsregierung und den Beamtenvertretern die wirtschaftlichen Verhältnisse fortlaufend zu verfolgen und notwendig werdende Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen. Dieser Antrag hatte den Erfolg, daß sich ihm sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, am nächsten Tage angeschlossen.

Die technischen Schwierigkeiten bei der Einziehung des Notopfers.

Unsere Steuerleggebung trant bekanntlich daran, daß das Reich nicht in der Lage ist, die beschlossenen Steuern einzufahren zu können, weil die Organisation dazu fehlt. Die letzte Gefahr liegt bei der beschleunigten Einziehung des Notopfers vor. Es ist ein Verdienst bei demokratischen A. A. Dornburg, daß er im Steuerauschuß Fragen über die technische Möglichkeit der Erhebung an die Regierung berichtet hat. Er wies darauf hin, daß mindestens ein Zehntel des

